



# Homosexuelle Paare dürfen adoptieren

Der Nationalrat verbessert die Stellung von «Regenbogenfamilien», indem er homosexuellen Paaren die Stiefkindadoption erlaubt. Die Volladoption schliesst er für den Moment noch aus.

DENISE LACHAT

**BERN.** In der Schweiz wachsen schätzungsweise bis zu 30000 Kinder in sogenannten Regenbogenfamilien auf. Das sind Familien, in denen mindestens ein Elternteil lesbisch, schwul, bi- oder transsexuell ist. Im Alltag haben diese Kinder zwei Mütter oder zwei Väter, vor dem Gesetz allerdings fehlt ihnen ein Elternteil: Im Unterschied zu Kindern, deren Mütter oder Väter sich nach einer Scheidung oder einem Todesfall wieder verheiratet, können Kinder von gleichgeschlechtlichen Partnern nicht adoptiert werden. Daraus ergeben sich rechtliche Nachteile. Der Auserwählte FDP-Nationalrat Andrea Caroni listete sie gestern vor seinen Ratskollegen auf: «Ohne Kindsverhältnis hat das Kind keinen Unterhaltsanspruch, kein Erbrecht, kein Recht auf persönlichen Verkehr und im Todesfall keine Waisenrente.» Das könne nicht einfach mit Verträgen oder mit Vormundschaftsrecht simuliert werden: Nur mit der Stiefkindadoption erhalte das Kind den vollen Schutz des Kindsrechts, sagte Caroni.

## Ständerat für Volladoption

Dieses Anliegen hatten betrof-

fene Verbände und Vereine einst in Form einer Petition «Gleiche Chancen für alle Familien» ins eidgenössische Parlament getragen. Die Rechtskommission des Ständerats formulierte daraus eine Motion, welche die Adoption für homosexuelle Paare grundsätzlich öffnen will; diese sollten also nicht nur die Kinder des Partners, sondern auch fremde Kinder adoptieren dürfen. Denn die heutige Rechtslage kann zu absurden Situationen führen. Einzelpersonen dürfen ungeachtet ihrer sexuellen Ausrichtung gleich wie Ehepaare fremde Kinder adoptieren, Konkubinatspaare und Homosexuelle in eingetragener Partnerschaft hingegen nicht. Der Ständerat stimmte dieser Kommission motion im März gegen teils heftigen Widerstand aus CVP- und SVP-Kreisen mit 21 zu 19 Stimmen knapp zu.

Eine Mehrheit der vorberatenden Kommission des Nationalrats wollte das Fuder nicht überladen und beschränkte sich daher auf die Stiefkind-Adoption. Kommissionssprecher Caroni: «Hier scheint ein behutsamer Schritt angemessener.» Um diesen ersten Schritt nicht zu gefährden, zog schliesslich die Minderheit um Carlo Sommaruga ihren Antrag

auf Volladoption zurück. Minderheitssprecherin Margrit Kiener Nellen (SP/BE) bedankte sich für «die geschlossene Unterstützung der Grünen, der SP und der Grünliberalen», wollte aber keinen Spielraum für Abstimmungstaktik offen lassen und kein Risiko eingehen, welches die Kinder treffen würde. Denn einer anderen Minderheit, vertreten durch den Walliser SVP-Nationalrat Oskar Freysinger, geht bereits die Stiefkindadoption zu weit. Sie stosse das Stimmvolk vor den Kopf, «das 2005 der eingetragenen Partnerschaft nur zugestimmt hatte, weil ihm hoch und heilig versprochen worden war, dass die Adoption in keinem Fall in Frage käme». Am Ende stimmten rund zwei Drittel der Nationalräte der Stiefkindadoption zu. Mit der Linken votierte auch eine Mehrheit der FDP.

## «Eine Lebensrealität»

Maria von Känel Scheibling vom Verein Regenbogenfamilien, der die Debatte im Rat mit einer Delegation von rund 15 Personen verfolgte, ist «überglücklich» über den Entscheid des Nationalrats. «Endlich anerkennen die Politiker eine Lebensrealität, endlich sind die betroffenen Kinder geschützt.»

Datum: 14.12.2012

# Tages-Anzeiger



Tages-Anzeiger  
8021 Zürich  
044/ 248 44 11  
www.tagesanzeiger.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 197'034  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 135.1  
Abo-Nr.: 1088002  
Seite: 1  
Fläche: 4'882 mm<sup>2</sup>

## Stiefkind-Adoption für Homosexuelle

Auch Homosexuelle sollen Kinder adoptieren dürfen. Gestern hat der Nationalrat mit 113 zu 64 Stimmen eine entsprechende Motion aus der Rechtskommission des Ständerats angenommen. Im Unterschied zur kleinen Kammer will der Nationalrat die Adoption jedoch auf die leiblichen Kinder der Partnerin oder des Partners beschränken. Dies auf Antrag seiner eigenen Rechtskommission. Ein Minderheitsantrag für das vollständige Adoptionsrecht für Regenbogenfamilien wurde - obwohl von den Fraktionen der SP, der Grünen und der Grünliberalen geschlossen unterstützt - von der Berner SP-Nationalrätin Margret Kiener Nellen zurückgezogen. «Es ist uns ein grosses Anliegen, hier kein Risiko einzugehen, welches Kinder betreffen würde», sagte sie. Die Wichtigkeit der Stiefkindadoption überwiege. (sir)



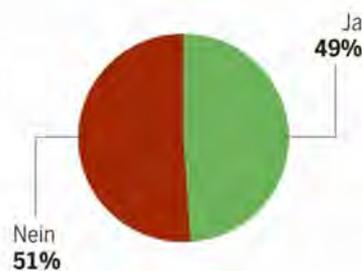
Tages-Anzeiger  
8021 Zürich  
044/ 248 44 11  
www.tagesanzeiger.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 197'034  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 135.1  
Abo-Nr.: 1088002  
Seite: 2  
Fläche: 5'644 mm<sup>2</sup>

## Online-Umfrage

**Homosexuelle dürfen nur die Kinder der Partnerin oder des Partners adoptieren. Ist das sinnvoll?**



2106 Leserinnen und Leser antworteten.

Nach dem Willen des Parlaments sollen homosexuelle Paare Kinder adoptieren dürfen. Der Nationalrat will das Adoptionsrecht aber auf das Kind der Partnerin oder des Partners beschränken. Die kleine Kammer hatte der Adoption ungeachtet von Zivilstand und Lebensform zugestimmt, sofern dies für das Kindeswohl die beste Lösung ist.



## Kommentar

Simone Rau, Inland-Redaktorin,  
über die Stiefkind-Adoption  
für homosexuelle Paare.

# Das absolute Minimum

Andorra und Argentinien haben sie, Belgien und Brasilien, Norwegen und die Niederlande, Schweden, Spanien und Südafrika, ebenso Dänemark, Island, das Vereinigte Königreich sowie zahlreiche Staaten der USA: die gemeinschaftliche Adoption von fremden Kindern durch homosexuelle Paare. In Ländern wie Deutschland ist es Lesben und Schwulen immerhin erlaubt, die leiblichen Kinder ihrer Partner zu adoptieren.

Und in der Schweiz? Da diskutiert der Nationalrat im Jahr 2012 im Ernst über die Frage, ob Kinder nicht ein Recht hätten, in «geordneten Familienverhältnissen» aufzuwachsen, wie es SVP-Nationalrat Oskar Freysinger gestern formulierte. Die «wahren Regenbogenfamilien» bestünden aus Vater und Mutter und Kind - und nicht aus gleichgeschlechtlichen Paaren und ihren Kindern. Dass diese Familien längst eine gesellschaftliche Realität sind, die rechtliche Absicherung verdient, ignorieren die Adoptionsgegner - und argumentierten gegen jegliche Gesetzesänderung. Um die Stiefkind-Adoption nicht zu gefährden, gaben die Befürworter der Volladoption auf und schlossen sich der «Ja, aber»-Fraktion an. Das Resultat ist ein

gut schweizerischer Kompromiss: Homosexuelle sollen künftig Kinder adoptieren dürfen - aber nur, wenn diese die leiblichen Kinder des Partners sind. Eine Adoption fremder Kinder bleibt verboten.

Man kann mit dem Kompromiss zufrieden sein, weil er immerhin einen wichtigen Fortschritt bringt. Und bekanntlich geht es in der Schweiz bei solchen Dingen immer in kleinen Schritten voran. Kommt Zeit, kommt Mut, kommt politische Veränderung!

Man kann aber auch denken: Mit dem Entscheid hinkt die Schweiz im sozialpolitischen Vergleich weiterhin hinterher. Selbst Spanien, jahrzehntelang Hort einer äusserst traditionellen Familienideologie, ist progressiver als wir. Die Entrüstung über Regenbogenfamilien ist hierzulande in konservativen Kreisen noch immer gross. Nicht einmal Langzeitstudien, die bei Kindern aus homosexuellen Beziehungen keinerlei Nachteile in der Entwicklung feststellen, finden bei ihnen Beachtung. Das ist traurig - und zeugt von einem Weltbild, das homosexuelle den heterosexuellen Beziehungen noch immer nicht gleichstellt.



Tages-Anzeiger  
8021 Zürich  
044/ 248 44 11  
www.tagesanzeiger.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 197'034  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 135.1  
Abo-Nr.: 1088002  
Seite: 5  
Fläche: 63'468 mm<sup>2</sup>

# Gleiche Rechte für Stiefkinder homosexueller Paare

Die gestrige Nationalratsdebatte zum Adoptionsrecht für lesbische und schwule Paare bot Spannung, Emotionen und Beleidigungen. Am Schluss siegten die Befürworter.



Homosexuelle sollen Kinder adoptieren dürfen - aber nur, wenn diese die leiblichen Kinder des Partners sind. Foto: Michael Löwa (DPA)



Tages-Anzeiger  
8021 Zürich  
044/ 248 44 11  
www.tagesanzeiger.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 197'034  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 135.1  
Abo-Nr.: 1088002  
Seite: 5  
Fläche: 63'468 mm<sup>2</sup>

## Von Simone Rau

Selten gehen im Nationalrat die Emotionen so hoch, wie wenn über das Adoptionsrecht für homosexuelle Paare debattiert wird. Gestern erreichte der Streit seinen vorläufigen Höhepunkt: «Sie haben alle nicht ehelichen Familien diskriminiert», sagte eine sichtlich aufgebrachte SP-Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer zu SVP-Nationalrat Oskar Freysinger, der vehement dafür plädierte, homosexuellen Paaren jegliches Adoptionsrecht zu verweigern. «Sie haben sie als nicht harmonische Familien bezeichnet. Ich weiss gar nicht, wie man zu derartigen Aussagen kommen kann, und ich bitte Sie, sich bei diesen Familien zu entschuldigen.»

Freysinger entschuldigte sich bei niemanden - gesagt hatte er aber schon da genug. So etwa: «Ich bin dagegen, dass man Kinder für solche sexuell-sozialen Experimente missbraucht.» Man müsse sie schützen vor Entwicklungen, bei denen man gar nicht mehr in der Lage sei, «das Wohl der Kinder oder ihre Sicherheit zu gewährleisten». Oder: «Ich bin dafür, dass Kinder in harmonischen Beziehungen aufwachsen, und dazu gehören nun mal ein Vater und eine Mutter.» Soweit er informiert sei, hätten zwei Männer und zwei Frauen noch nie ein Kind gezeugt. Er sprach von «Animus und Anima, wie C. G. Jung sie nannte», von «Yin und Yang», von «einfarbig daherkommender Monosexualität» als Gegensatz zu den «wahren Regenbogenfamilien», nämlich Mann und Frau und Kind. Als Regenbogen werden gemeinhin Familien bezeichnet, in denen mindestens ein Elternteil lesbisch, schwul, bisexuell oder transgender ist.

## «Krasse Diskriminierung»

«Immer schön die Ruhe und Würde bewahren», ermahnte die grüne Nationalratspräsidentin Maya Graf SVP-Mann Freysinger. Stattdessen griff dieser weiter fröhlich an - nun den grünen Genfer Nationalrat Antonio Hodgers, der ohne Vater aufgewachsen ist. «Denken Sie, dass ich ein Identitätsproblem habe?», fragte dieser. Freysinger antwortete: «Ja.» Dies wiederum veranlasste Leutenegger Oberholzer, sich gegen die Degradierung der Nationalratsdebatte zu «einem Cabaret» auszusprechen. Es gehe nicht an, dass Freysinger ganze Gruppen beleidige und namentlich alleinerziehende Mütter als «qualitativ minderwertig» betrachte. «Das ist eine ganz krasse Diskriminierung von zahlreichen alleinerziehenden Frauen», sagte sie.

Freysinger war mit seinen Bedenken nicht allein. Vor allem Vertreter der SVP und CVP sowie einige Mitglieder der FDP bekundeten Mühe mit der Vorstellung, dass ein Kind zwei Mütter oder zwei Väter haben soll. Die Natur wolle, dass Kinder eine Mutter und einen Vater hätten, sagte etwa der Genfer FDP-Nationalrat Christian Lüscher. Die Motion aus der Rechtskommission des Ständerats, wonach alle Erwachsenen ungeachtet von Zivilstand und Lebensform ein Kind adoptieren können, wenn dies für das Kindeswohl die beste Lösung darstellt, sei abzulehnen. Ebenfalls zu verwerfen sei die von der nationalrätlichen Rechtskommission vorgeschlagene Beschränkung der Adoption auf leibliche Kinder des homosexuellen Partners.

Mit der Ablehnung der Stiefkindadoption werde keine einzige Regenbogenfamilie verhindert, hielt der Ausserrhoder FDP-Nationalrat Andrea

Caroni Parteikollege Lüscher entgegen. Laut Schätzungen wüchsen in der Schweiz bereits jetzt mehrere Tausend Kinder in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften auf. Es gelte, sie rechtlich abzusichern.

## Ständerat wollte Volladoption

Auch der Bundesrat lehnte die Vorschläge des Ständerats und der vorberatenden Kommission ab. Er vertrete aber «klar eine andere, eine differenziertere Meinung als die Minderheit Freysinger», betonte SP-Bundesrätin Simonetta Sommaruga. Die eingetragene Partnerschaft verdanke ihre breite Unterstützung auch dem Umstand, dass das Partnerschaftsgesetz keinen Anspruch auf Adoption oder medizinisch unterstützte Fortpflanzung vermittele. Zudem habe das Volk dem heutigen Gesetz erst 2005 zugestimmt; der explizite Ausschluss der Adoption habe auch Skeptiker überzeugt. «Der Bundesrat ist der Ansicht, dass eine vollständige Öffnung vielen Leuten zu weit gehen würde», sagte Sommaruga. Angesichts der gesellschaftlichen Realität sei man aber bereit, eine Gleichstellung aller Stiefkinder «möglichst rasch zu verwirklichen». Man werde eine Revision des Partnerschaftsgesetzes vorlegen.

Der Mehrheit im Nationalrat genügte dies nicht: Er hiess die Motion in abgeänderter Form mit 113 zu 64 Stimmen bei 4 Enthaltungen gut. Damit beschränkt er sich auf die Stiefkind-Adoption. Das Begehren geht nun zurück in den Ständerat, der sich im März für die Volladoption ausgesprochen hatte. Heute dürfen Lesben und Schwule nur adoptieren, solange sie ledig sind. In eingetragenen Partnerschaften ist Adontion verboten.


 Tages-Anzeiger  
 8021 Zürich  
 044/ 248 44 11  
 www.tagesanzeiger.ch

 Medienart: Print  
 Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
 Auflage: 197'034  
 Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

 Themen-Nr.: 135.1  
 Abo-Nr.: 1088002  
 Seite: 10  
 Fläche: 111'969 mm<sup>2</sup>


Die Heilsarmee zählt in der Schweiz 4000 Mitglieder. Sie geloben, ein «gottgefälliges Leben» zu führen. Salutisten spielen auf dem Zürcher Paradeplatz auf. Foto: Sophie Stieger

## Der Wohlfahrtskonzern

Die Heilsarmee will die Schweiz am Eurovision Song Contest vertreten. Der Auftritt dient der Imagepflege einer Freikirche, die längst mehr ist als eine Ansammlung von Blasmusikern.

**Von Dario Venutti**

Pünktlich zum alljährlichen Vorweihnachtsstress beschallen sie wieder Plätze, Tramhaltestellen, Einkaufsmeilen. In ihren marineblauen Uniformen wirken sie wie Boten aus einer vergangenen Zeit. Der beschauliche Freikirchengospel aus Blasinstrumenten ermuntert dennoch viele Passanten, Bargeld in die Töpfe der Heilsarmee zu legen. In Bern kamen so schon 3800 Franken in einer Stunde zusammen, in der ganzen Schweiz eine Viertelmillion innert sechs Tagen.

Die Heilsarmee gehört im Dezember zum Stadtbild wie die Weihnachtsbäume an den Strassenecken. In der Schweiz gibt es sie bereits seit 130 Jahren. Sie betreibt Asylunterkünfte, Notschlafstellen, Kinderheime. An Weihnachten lädt sie Randständige zum Essen ein und ver-

schenkt Geschenke an Gefangene. Und doch meinen viele, sie sei etwas ganz anderes als eine freikirchliche Wohlfahrtsorganisation.

«Sind Sie von der Securitas?», bekommt Christoph Jakob oft zu hören, wenn er in der Uniform unterwegs ist. Der 32-Jährige arbeitet mit einem Teilzeitpensum als Informatiker am Hauptsitz der Heilsarmee in Bern. Er ist einer von rund 4000 Salutisten in der Schweiz. Als solcher hat er das Gelübde abgelegt, ein «gottgefälliges Leben» zu führen: Er verzichtet auf Alkohol, Tabak, Pornografie und Glücksspiel.

### Ein poppig-netter Ohrwurm

Irgendwann hatte Jakob genug vom verstaubten Image der «Soldaten Gottes». Und wollte diesem etwas entgegense-

zen. Zusammen mit andern Salutisten entwickelte er die Idee, am Eurovision Song Contest nächstes Jahr in Malmö teilzunehmen. «Ein PR-Gag», wie er unumwunden zugibt. Die Idee reifte, und nachdem die Heilsarmee beschlossen hatte, sie umzusetzen, wurde die Musikproduktionsfirma Hitmill engagiert: Sie hat schon Hits für Baschi, Stress und Adrian Stern produziert.

Für die Heilsarmee fabrizierte Hitmill den poppig-netten Ohrwurm «You and me». Damit hat sie es in die Endauscheidung der neun Schweizer Kandidaten am Samstag geschafft. Das Video zum Lied wurde auf Youtube über 100 000-mal angeklickt - ein fabelhafter Wert für Schweizer Verhältnisse. Sechs Heilsarmee-Musiker im Alter zwischen 20 und 94 Jahren, von Christoph Jakob ange-



Tages-Anzeiger  
8021 Zürich  
044/ 248 44 11  
www.tagesanzeiger.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 197'034  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 135.1  
Abo-Nr.: 1088002  
Seite: 10  
Fläche: 111'969 mm<sup>2</sup>

führt, fahren singend und spielend endlos Rolltreppe. Bald hinauf, bald hinab. Die Kandidatur läuft unter dem Motto: «Heilsarmee rocks Malmö».

Christoph Jakob wurde in eine Heilsarmee-Familie geboren. Seine Eltern waren beide Gemeindeleiter im Range von Offizieren. «Ich war als Jugendlicher kein Rebell», sagt er. Später sei es ein bewusster Entscheid gewesen, in der Heils-

## Über 100 000-mal wurde das Lied auf Youtube bereits angeklickt.

armee zu bleiben. Einen halben Tag pro Woche arbeitet Jakob auch im Passantenheim in Bern, einer Notschlafstelle, die von der Heilsarmee betrieben wird. Passt sein Auftritt als rockender Heilsarmee-Soldat zur Freikirche und ihrem Sozialwerk?

Christoph Jakob hat dazu zwei schnelle Antworten parat. Erstens: Musik wirke stärker als Missionieren. Zweitens: Die Reaktionen auf die Kandidatur für den Eurovision Song Contest seien überwältigend gewesen. Wenn deshalb mehr Geld gespendet werde, nütze das der Arbeit der Heilsarmee an der Basis.

Eine Imagekorrektur hat die Freikirche tatsächlich nötig. In den letzten zehn Jahren verlor sie ein Viertel ihrer Mitglieder. Auch die Spenden gingen zurück - letztes Jahr von 28,5 auf 27,8 Millionen Franken. Dafür flossen der Heilsarmee mehr Erbschaften und Legate zu: rund 12 Millionen im vergangenen Jahr, etwa 3,5 Millionen mehr als noch 2010. «Der Spendenmarkt ist ein Verdrängungsmarkt», sagt Martin Künzi, Leiter Marketing und Kommunikation bei der Heilsarmee. Vor 25 Jahren buhlten noch 300 Organisationen in der Schweiz um Spenden, heute seien es 3000.

Dennoch ist Künzi überzeugt, dass die Heilsarmee «ein starker Brand» ist. Sie wird trotz der freikirchlichen Begleitmusik vor allem als soziale Institution wahrgenommen, die Geld von andern Nichtregierungsorganisationen und vom

Staat bekommt. In Bern zum Beispiel unterstützt die Stadt die Notschlafstelle Passantenheim und zahlt pro Platz, der 55 Franken kostet, 45 Franken. Man vertraut der Heilsarmee, und man schätzt es, dass sie die von ihr propagierten sozialen Werte selber umsetzt: Der Bestbezahlte verdient nur dreimal mehr als der Schlechtestentlöhnte der 1700 Mitarbeitenden in der Schweiz.

Das ist erstaunlich angesichts der Grösse der Organisation. Wäre sie kein gemeinnütziger Verein, sondern eine Firma, dann wäre die Heilsarmee schon längst auf der Liste der 500 grössten Unternehmen des US-Magazins «Fortune»: Weltweit setzen die zwei Millionen Salutisten in 120 Ländern jährlich 6 Milliarden Euro um.

Um ihre Schulen, Spitäler und Heime zu finanzieren, handelt die Heilsarmee mit Aktien, Obligationen, strukturierten Produkten. Ihr Hauptsitz in London nahe der St Paul's Cathedral erweckt den Anschein, dort würden Investmentbanker und nicht Wohltäter arbeiten: Das mehrstöckige Gebäude mit seinem schlichten Interieur und der dunkelblauen Glasfassade strahlt kalte Effizienz aus. Eine Zockerfirma?

«Beileibe nicht», sagt Shaw Clifton, ein früherer General und damit höchster Amtsträger der Heilsarmee. «Uns fließen viele Mittel für Zwecke zu, die wir nicht sofort erfüllen können. Aber mit diesem Geld können wir keine Risiken eingehen oder gar zocken.» Trotzdem: In der amerikanischen Hypothekarkrise 2008 wurde eine von vier Milliarden an Reserven vernichtet. Auf Kosten der Ärmsten.

Der General der Heilsarmee heisst heute Linda Bond. Sie ist erst die dritte Frau an der Spitze der Freikirche. Diese wurde 1865 vom englischen Methodistenpfarrer William Booth gegründet, um gegen Armut und Elend infolge der Industrialisierung anzukämpfen. Booth war ein charismatischer Mann, der das

## Eine von vier Milliarden Reserve wurde in der Krise

## vernichtet.

Kriegsvokabular liebte und auf militärische Strenge achtete. Nur so, schrieb er in einem seiner programmatischen Werke, könne die Not bekämpft werden. Er liess in London Suppenküchen und Schulen errichten und lancierte Resozialisierungsprogramme für Inhaftierte. Die Salutisten kleidete er in Militärgewänder, was ganz der viktorianischen Vorliebe für Uniformen entsprach.

Trotz der martialischen Rhetorik war Booth ein populärer Mann. Bei seiner Beerdigung 1903 kam der Verkehr in London zum Erliegen - Hunderttausende von Menschen verfolgten die Prozession des Sargs durch die Hauptstadt. Der deutsche Kaiser Wilhelm II. schickte Blumen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wuchs die Heilsarmee zum globalen Wohlfahrtskonzern. Schon damals reagierte sie auf ihr verstaubtes Image mit Anpassungen an den Zeitgeist. Zum Beispiel in den 60er-Jahren, als sie die Band Joy Strings als Antwort auf die Beatles gründete und es mit ihr einige Male in die Top Ten der britischen und amerikanischen Charts schaffte.

Die Milliardenumsätze und die strengen Moralvorstellungen würden die Heilsarmee eigentlich für Skandale prädestinieren. Doch solche gab es in ihrer langen Geschichte nicht - jedenfalls fast keine. Kürzlich drohte die Freikirche mit der Schliessung ihrer Suppenküchen in New York, aus Protest gegen homosexuellenfreundliche Gesetze. Weil Schwulengruppen daraufhin zum Boykott der Topfkollekte aufriefen, gab die Heilsarmee nach.

In der Frage der Homosexualität scheint die Heilsarmee auch in der Schweiz aus der Zeit gefallen zu sein. In diesem Frühjahr entliess sie eine Heimleiterin im Kanton Zürich, nachdem die verheiratete Frau ihre Beziehung zu einer Mitarbeiterin offengelegt hatte. «Die Heilsarmee toleriert keine ausser-ehelichen und gleichgeschlechtlichen Verbindungen», lautete die offizielle Begründung.

Christoph Jakob sagt dazu: Die Frau sei nicht wegen ihrer Homosexualität



Tages-Anzeiger  
8021 Zürich  
044/ 248 44 11  
www.tagesanzeiger.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 197'034  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 135.1  
Abo-Nr.: 1088002  
Seite: 10  
Fläche: 111'969 mm<sup>2</sup>

entlassen worden. Problematisch sei das Machtgefälle gewesen zwischen ihr und der Mitarbeiterin. Und fügt energisch hinzu: Auch General Petraeus habe zurücktreten müssen, nachdem seine Affäre bekannt geworden sei. «Dass für Führungskräfte strengere Regeln gelten, ist nicht nur bei der Heilsarmee so.»

### Tradition muss sein

Jakob wird heute Freitag ein letztes Mal für den Auftritt vom Wochenende üben. Am Samstag will er sich tagsüber irgendwie ablenken, damit die «Nervosität erst zwei Stunden vor dem Auftritt kommt».

Dann wird er «You and me» singen, einen Allerweltssong über die Liebe. Das Lied sei explizit für den Eurovision Song Contest geschrieben worden: nicht zu lang und ohne politische oder religiöse Botschaft, wie er betont. In einem Punkt wird man dennoch erkennen, dass die Heilsarmee singt: Die Band wird in Uniform auf der Bühne stehen. So viel Tradition muss sein.



**Christoph Jakob**  
Der 32-Jährige steht hinter der Idee, am Eurovision Song Contest teilzunehmen. Er arbeitet als Informatiker Teilzeit für die Heilsarmee.



Tamedia Publications Romandes  
1211 Genève 11  
022/ 322 40 00  
www.tdg.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 51'487  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 135.1  
Abo-Nr.: 1088002  
Seite: 1  
Fläche: 11'133 mm<sup>2</sup>

## L'éditorial

# Prendre le temps de réfléchir

Judith Mayencourt  
Cheffe de la rubrique Suisse



Quels droits accorder aux familles homoparentales? Comment adapter la loi à une réalité qui, acceptée ou non, souhaitée ou décriée, n'en est pas moins là? En se penchant sur l'adoption pour les couples homosexuels, c'est à un débat de fond passionnant que s'est attelé hier le Conseil national. Un de ces rares débats qu'on nomme délicats, non pas parce qu'ils sont choquants, mais parce qu'ils font bouger les fondamentaux.

Pour beaucoup, ce n'est pas l'existence au quotidien des familles joliment baptisées arc-en-ciel qui pose

problème, mais c'est leur inscription dans notre conception du monde - et dans notre ordre juridique. Un enfant peut-il grandir et se développer avec deux référents de même sexe? Ces questions n'ont rien d'homophobe mais sont au contraire le reflet d'une préoccupation légitime: celle du bien-être de l'enfant.

On ne peut que regretter les outrances du débat politique. Pourtant, les défenseurs de l'adoption pour les couples homosexuels doivent aussi prendre la mesure du changement qu'ils demandent à la société. L'homoparentalité remet en question notre vision de la famille, de la paternité, de la maternité. Cela ne va pas sans vertige et sans hésitation. Ce débat doit être mené en profondeur parce qu'il doit être porté par une large majorité. On comprend l'impatience des familles concernées, mais il faut leur dire que cela va prendre du temps. Celui de la réflexion collective.

Datum: 14.12.2012

**Tribune  
deGenève**



**LOS**  
Lesbenorganisation  
Schweiz

**PINK X CROSS**

Tamedia Publications Romandes  
1211 Genève 11  
022/ 322 40 00  
www.tdg.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 51'487  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 135.1  
Abo-Nr.: 1088002  
Seite: 4  
Fläche: 65'057 mm<sup>2</sup>

## Débat

# Un pas vers l'adoption par les couples homosexuels



**Au terme d'un débat houleux, les conseillers nationaux ont ouvert la voie à l'adoption par les couples homosexuels par 113 voix contre 64.** PETER SCHNEIDER/KEYSTONE

**ARGUS**   
MEDIENBEOBACHTUNG

Medienbeobachtung  
Medienanalyse  
Informationsmanagement  
Sprachdienstleistungen

ARGUS der Presse AG  
Rüdigerstrasse 15, Postfach, 8027 Zürich  
Tel. 044 388 82 00, Fax 044 388 82 01  
www.argus.ch

Argus Ref.: 48279367  
Ausschnitt Seite: 1/3  
Bericht Seite: 68/72



## Le Conseil national a approuvé une motion qui prévoit d'autoriser tout adulte à adopter l'enfant de son partenaire

**Patrick Monay** Berne

Chatty Ecoffey a le sourire. Les deux enfants d'Isabelle, sa compagne, seront peut-être aussi les siens aux yeux de la loi. Le Conseil national a en effet approuvé hier une motion ouvrant la voie à l'adoption par les couples homosexuels. Le gouvernement s'est dit prêt à faire un geste dans ce sens, tout en restant très prudent sur les modalités de la future législation. Un long chemin reste à parcourir jusqu'à son entrée en vigueur (*lire ci-contre*). D'autant que la droite conservatrice, farouchement opposée à cette idée, brandit déjà la menace du référendum populaire. Mais pour l'association faitière des familles arc-en-ciel en Suisse, dont Chatty Ecoffey est coprésidente, c'est l'espoir d'une vraie reconnaissance qui pointe à l'horizon.

C'est un ami du couple qui a aidé les deux femmes à concrétiser leur désir de maternité. Mais il ne joue aucun rôle dans la vie du garçon et de la fillette. Chatty les élève avec sa partenaire. Dans son cœur, Tristan et Garance sont donc déjà ses enfants. Mais le projet avalisé hier à Berne lui permet-

trait de les adopter. «Cela changerait tout, assure la Genevoise. Une réalité affective et sociale deviendrait une réalité juridique.» Avec toutes les garanties que cela comporte en termes de droit de garde, de droit des successions, de rente d'invalidité ou de rente d'orphelin.

### «La société a évolué»

La National a donné son aval à ce modèle par 113 voix contre 64, au terme d'un débat très polarisé. Dans le camp des opposants, l'UDC a eu le soutien d'une partie des libéraux-radicaux et des démocrates-chrétiens. «La nature a voulu qu'un enfant ait un papa et une maman, et pas deux papas ou deux mamans, lance Christian Lüscher (PLR/GE). Le législateur ne pourra pas changer cela. L'adoption homosexuelle est une solution contre-nature.» Il reconnaît certes qu'un couple gay ou lesbien est tout à fait capable d'élever un enfant, mais estime que d'autres moyens existent - via des accords passés devant notaire - pour protéger ses droits.

«Un enfant a le droit d'avoir des parents sexuellement complémentaires, s'est enflammé Oskar Freysinger (UDC/VS). Autrement, comment peut-il construire son identité et vivre son développement sexuel de manière harmonieuse?» Et d'invoquer le respect de la votation de 2005: le peuple a accepté une loi sur le partenariat enregistré qui interdit aux couples homosexuels d'adopter.

«En sept ans, la société a évolué, réplique Carlo Sommaruga

(PS/GE). On estime que 6000 à 20 000 enfants grandissent aujourd'hui dans un contexte d'homoparentalité en Suisse. La motion veut simplement leur donner les mêmes droits que les autres.» La droite considère cependant ces chiffres avec la plus grande méfiance, en l'absence de toute statistique officielle. «On va légiférer pour un petit nombre de personnes, regrette Yannick Buttet (PDC/VS). Je crains que cela ouvre la voie à l'adoption sans restrictions.» Yves Nidegger (UDC/GE) va plus loin: «Après cela, il va falloir modifier la loi sur la procréation assistée, pour autoriser les couples lesbiens à recourir à l'insémination artificielle.»

### Inégalités de traitement

Dans l'autre camp, le PS, les Verts, les Vert'libéraux et le PBD ont insisté sur les absurdités et les inégalités de traitement qu'entraîne le système actuel. «Individuellement, une personne homosexuelle peut adopter un enfant, mais elle perd ce droit si elle se pacse», a relevé Margret Kiener Nellen (PS/BE). Et la conseillère fédérale Simonetta Sommaruga d'ajouter: «Un conjoint peut adopter l'enfant de son époux, alors que ce n'est pas possible dans le cadre d'un partenariat enregistré.» Reste à voir comment les corrections effectives seront apportées.



**Lire l'éditorial en page une:** «Prendre le temps de réfléchir»



## Et maintenant?

Le texte adopté hier prévoit que «toute personne adulte, quel que soit son état civil ou son mode de vie, puisse adopter l'enfant de son ou sa partenaire, si l'adoption constitue la meilleure solution pour le bien-être de l'enfant.» Le Conseil des Etats avait accepté en mars une motion plus large: elle ne se

limitait pas aux enfants de partenaires. Hier, cette version a été retirée juste avant le vote. Le dossier retourne donc aux Etats. Si les sénateurs refusent de suivre la proposition du National, le projet sera enterré. S'ils l'approuvent, le Conseil fédéral pourra proposer une révision législative. Opposé à une

ouverture totale du droit à l'adoption pour les couples homosexuels, le gouvernement est néanmoins sensible aux enfants nés d'une relation antérieure ou précédemment adoptés par une personne seule. Dans ces cas, le ou la partenaire du père ou de la mère devrait à l'avenir pouvoir les adopter. **P.M.**

## Un débat qui divise la France

● Officiellement, c'est le projet de «mariage pour tous» du gouvernement français qui sera examiné fin janvier par l'Assemblée nationale. Mais si le débat fait rage c'est parce que le texte autorise, dans certaines limites, l'homoparentalité.

Le 18 novembre dernier, c'est aux cris de «Papa + maman, y a pas mieux pour un enfant» que près de 100 000 personnes défilaient à Paris contre le mariage homosexuel. Si, selon les sondages, environ de 60% des Français sont favorables au mariage gay, l'homoparentalité divise le pays en deux. Repérant la brèche, l'opposition de droite a fait des «droits de l'enfant» le centre de sa riposte.

Sur ce sujet hautement sensible, les socialistes avancent

prudemment. Le premier ministre Jean-Marc Ayrault a tranché pour une version limitée du projet de loi. Mariées, deux personnes du même sexe pourront adopter des enfants abandonnés. Et l'un des conjoints pourra adopter l'enfant de l'autre. Pas question, pour l'heure, d'ouvrir la voie à la procréation médicalement assistée (PMA) pour les couples de femmes. C'était pourtant l'une des promesses de campagne du candidat François Hollande.

«Recul», «abandon», dénoncent les associations gay et lesbiennes, qui en ont assez des va-et-vient du gouvernement. Un amendement sur la PMA pourrait être déposé par les parlementaires PS au moment de l'examen du projet de loi. Mais rien n'est sûr.

Les socialistes semblent naviguer à vue. Devant la fronde de nombreux maires qui refusent d'ores et déjà de marier des homosexuels, Hollande tergiverse. Un jour, il affirme qu'il respectera la «liberté de conscience» des maires. Le lendemain, il change d'avis et prévient que la loi devra être respectée partout.

En Europe, la Belgique, le Danemark, la Suède, la Norvège, l'Islande, les Pays-Bas, l'Espagne et le Portugal ont légalisé le mariage homosexuel. A l'exception du Portugal, ces Etats, ainsi que le Royaume-Uni et l'Allemagne, autorisent l'adoption d'enfants par des couples homosexuels. Et le droit à la procréation médicalement assistée, sous certaines conditions.

**Mathieu van Berchem** Paris



## Homosexuels et adoption: brèche ou avancée?



**Mauro Poggia:** (...) Cette nouvelle loi ne crée donc rien de nouveau mais offre la possibilité de donner à l'enfant, si son intérêt le justifie, ce qui sera examiné de cas en cas, un plus par rapport au droit actuel. Aura-t-il pour autant deux pères ou deux mères? Cette présentation caricaturale est évidemment absurde et aucun enfant, dès l'âge de raison, ne pensera jamais qu'il peut être issu de deux êtres de même sexe. Il saura également qui est son père, respectivement sa mère, et qui est le partenaire qui l'aura adopté. On peut donc considérer que l'adoption d'un enfant doit rester le fait d'un couple

hétérosexuel, tout est acceptant, dans ce cas spécifique particulier, que l'adoption de l'enfant du partenaire enregistré qui n'a qu'un seul parent, est un avantage pour l'enfant, et pour lui d'abord. Quant à ceux qui brandissent l'épouvantail de la brèche à la sacro-sainte image de la famille et qui considèrent que seuls les enfants élevés par des couples hétérosexuels connaîtront l'épanouissement, on ne les a pas vus déposer des projets de lois visant à retirer tous les enfants élevés dans des familles homosexuelles. Car enfin, de deux choses l'une, soit on affirme agir dans l'intérêt de l'enfant, lequel serait en danger dans de telles familles, et il est criminel de ne rien faire, soit on agit dans l'irrationnel ou, au pire, dans la manipulation, et l'intérêt de l'enfant n'est qu'un prétexte.

**poggia. blog. tdg.ch**

Zürich

Blick am Abend  
8008 Zürich  
044/ 259 62 62  
www.blickamabend.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 157'989  
Erscheinungsweise: 5x wöchentlich



Themen-Nr.: 135.1  
Abo-Nr.: 1088002  
Seite: 3  
Fläche: 3'190 mm<sup>2</sup>



◀ **Homosexuelle dürfen Kinder adoptieren**  
BERN - Nach dem Willen des Parlaments sollen auch homosexuelle Paare Kinder adoptieren dürfen. Der Nationalrat will das Adoptionsrecht auf das Kind des jeweiligen Partners einschränken.